# Die Botschaft.

Die Botschaft des Präsidenten ist dem Kongreß zugestellt worden und enthält folgende Hauptpunkte:

Die Erweiterung des Spielraums in den Funktionen der nationalen Regierung, welche unsere Entwicklung als Nation verlangt, involvirt natürlich eine Vergrößerung der Ausgaben, und die Periode der Prosperität, in der das Land sich befindet, rechtfertigt größere Ausgaben für permanente Verbesserungen als in harter Zeit; aber reichliche Revenuen und ein großes Surplus laden [illegible] zu Extravaganzen ein, und ständig sollten wir vor unnöthiger Vermehrung der gewöhnlichen Ausgaben der Regierung auf der Hut sein.

### Kapital und Arbeit.

Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und speziell zwischen organisirtem Kapital und organisirter Arbeit zu einander und zu der Allgemeinheit stehen an Wichtigkeit gleich nach den inneren Fragen des Familienlebens. Unsere besondere Regierungsform mit ihrer scharfen Theilung von Autorität zwischen der Nation und den verschiedenen Staaten ist im Ganzen für unsere Entwicklung viel vortheilhafter gewesen als eine mehr centralisirte Regierung. Sie ist indeß zweifellos stark für die Schwierigkeit verantwortlich bei der Anpassung adäquater Gesetzgebung an die neuen Probleme, welche die totale Umwälzung der industriellen Bedingungen auf diesem Kontinent während der letzten 50 Jahre geschaffen hat. In der Praxis hat es sich als außerordentlich schwierig, in manchen Fällen als unmöglich erwiesen, einmüthiges weises Handeln auf diesem Gebiete bei den verschiedenen Staaten zu erzielen. Dies gilt besonders von den Gesetzen, welche die Verwendung von Kapital in großen Massen affiziren.

Mit Bezug auf die Arbeit ist das Problem nicht weniger wichtig, aber es ist einfacher. So lange die Staaten die erste Kontrolle der Polizeigewalt behalten, müssen es schon ganz extreme Umstände sein, welche die Einmischung der Bundesbehörden erheischen; aber wie immer diese Umstände sein mögen, so nimmt diese Einmischung lediglich die Form der Wiederherstellung der Ordnung an, ohne Rücksicht auf Fragen, welche den Bruch der Ordnung verursacht haben.

### Arbeiterunions.

Unter den modernen industriellen Bedingungen ist es oft nothwendig oder wenigstens weise, die Arbeit zu organisiren, um besser die Rechte des einzelnen Lohnarbeiters zu sichern. Jeder derartigen Organisation sollte alle Aufmunterung zu Theil werden, so lange sie die Rechte anderer gebührend respektirt. Es gibt in diesem Lande manche Arbeiterunions, welche stetig und andere, welche oft zu den wirksamsten Triebfedern in der Heranbildung guten Bürgerthums und in der Verbesserung der Lage derjenigen, deren Wohlfahrt unserem Herzen am nächsten stehen sollte, gehören. Aber wenn irgend eine Arbeiterunion unlautere Ziele verfolgt, oder lautere Ziele durch unlautere Mittel zu erreichen versucht, sollten alle guten Bürger und noch mehr alle ehrenhaften staatlichen Beamten sich solch unrechtem Handeln ebenso resolut widersetzen wie dem unrechten Handeln irgend einer großen Korporation. Gewaltthätigkeit, Brutalität oder Korruption sollten keinen Moment geduldet werden. Lohnarbeiter haben das volle Recht, sich zu organisiren und durch alle friedlichen und ehrenhaften Mittel zu versuchen, Andere zum Beitritt zu ihrer Organisation zu überreden. Sie haben ein legales Recht, welches je nach den Umständen ein moralisches sein mag oder nicht, sich zu weigern, mit solchen zu arbeiten, die ihrer Organisation nicht beitreten wollen. Unter keinen Umständen haben sie das Recht, Gewaltthätigkeit zu üben an denen, die ihre Organisationen nicht unterstützen wollen, seien es Kapitalisten oder Lohnarbeiter; Mobherrschaft in irgend einer Form ist unerträglich.

Die Lohnarbeiter sind ganz besonders zum Schutz und zur Ermuthigung durch die Gesetzgebung berechtigt. Wo immer die nationale Regierung die Macht hat, sollte ein strenges Haftbarkeitsgesetz für Arbeitgeber vorhanden sein, welches auf die Regierung selbst anwendbar ist, wo die Regierung Arbeitgeberin ist.

### Verhinderung von Eisenbahnunfällen.

Die fortwährend zunehmende Verlustliste auf unseren Eisenbahnen gibt dem Publikum zu ernsten Besorgnissen Anlaß und erheischt dringende Maßnahmen seitens des Kongresses. Die Annahme eines Gesetzes, das die Einführung eines Block-Signal-Systems verlangt, ist dem Kongreß vorgeschlagen worden. Ich stimme ernstlich mit jener Empfehlung überein und möchte den Kongreß auf das unumgängliche Bedürfniß legislativer Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit hinweisen, und zwar in der Form von Beschränkung der Arbeitszeit für Eisenbahnangestellte im Dienst von Bahnen, die sich mit zwischenstaatlichem Handel befassen, sowie durch die Bestimmung, daß nur geschulte und erfahrene Personen in verantwortlichen Stellungen in Verbindung mit dem Bahn-Betriebe angestellt werden dürfen.

Das Gesetz hinsichtlich der Sicherheitsvorrichtungen, wie es durch einen Erlaß vom 2. März 1903 amendirt wurde, hat sich für Eisenbahnangestellte als Wohlthat erwiesen, und um seine Bestimmungen in gehöriger Weise zur Durchführung zu bringen, sollte die Inspektorenforce, welche durch Bewilligung vorgesehen ist, erheblich vergrößert werden.

### Unionismus in Regierungs-Aemtern.

Es besteht kein Einwand dagegen, daß Regierungsangestellte Unions bilden oder dazu gehören; die Regierung kann indeß weder zu Gunsten noch gegen Nichtunionleute, die in ihrem Dienste sich befinden oder bei ihr um Beschäftigung einkommen, einen Unterschied machen. Zudem ist es eine grobe Ungehörigkeit von Regierungsangestellten, sich lediglich zu dem Zwecke zu vereinigen, um ungehörig hohe Saläre von der Regierung zu erpressen. Namentlich gilt dies in Betreff Derjenigen, die zum klassifizirten Dienst zählen. Die Briefträger, beide, die Stadt- und Land-Briefträger, bilden als Ganzes eine vortreffliche Körperschaft von öffentlichen Dienern. Sie sollten ausreichend salarirt sein; ihre Besoldungs-Ansprüche müssen jedoch durch unparteiische und ehrliche Besprechung vor dem Kongreß erlangt werden, aber nicht durch Vereinigung zwecks Herbeiführung einer Niederlage derjenigen Kongreßmänner, welche es ablehnen, Versprechungen zu geben, die sie nicht mit gutem Gewissen geben können.

Die Administration hat bereits Schritte gethan, um Ungehörigkeiten dieser Art zu verhindern und zu bestrafen, dennoch dürfte der Kongreß klug thun, diese Maßnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung zu vervollständigen.

### Das Arbeits-Bureau.

Die Regierung kann in Arbeiter-Angelegenheiten schon durch bloße Veröffentlichung gewisser Zustände viel erreichen. Das Arbeits-Bureau hat nach vielen Richtungen hin in dieser Hinsicht schon Ausgezeichnetes vollbracht. Es wäre außerordentlich wünschenswerth, daß das Handels- und Arbeits-Departement durch das Arbeits-Bureau eine Liste der Arbeitergesetze der verschiedenen Staaten zusammenstellt, und daß ihm die Mittel zur Verfügung gestellt würden, die Arbeitsbedingungen in den Fabrik- und Gruben-Gegenden im ganzen Lande, sowohl hinsichtlich der Löhne als wie der Arbeitsstunden, der Frauen- und Kinder-Arbeit und betreffs der Wirkung der überseeischen Einwanderung in den verschiedenen Arbeiter-Centren, zu untersuchen. Bei dieser Untersuchung sollte besonders der Beschaffenheit der Kinderarbeit und der diese betreffende Gesetzgebung in den verschiedenen Staaten Beachtung geschenkt werden.

### Korporationen.

Wenn wir uns mit großen Korporationen befassen, ergibt es sich, daß die Nothwendigkeit zu handeln, hier für die Regierung viel größer ist als wie im Falle der Arbeiter, denn große Korporationen können solche nur durch Befassung mit zwischenstaatlichem Handel werden, und zwischenstaatlicher Handel ist speziell das Feld der allgemeinen Regierung. Es ist absurd, zu erwarten, daß Uebelstände, wie sie große Korporationen hervorbringen, durch Staats-Maßnahmen beseitigt werden können. Und es fällt einem schwer, das Argument anzuhören, daß derartige Angelegenheiten den Staaten überlassen werden sollten, weil mehr als ein Staat die Politik der Bildung von Korporationen auf Grund leichter Bedingungen verfolgt, obwohl diese Korporationen in jenem Staate überhaupt keine Geschäfte betreiben, sondern in anderen Staaten, deren Gesetze sie mißachten. Die Nationalregierung allein kann gebührend mit diesen großen Korporationen verfahren. In einem maßlosen, zerstörenden oder demagogischen Geist mit ihnen zu verfahren, das würde, aller Wahrscheinlichkeit nach, in einem gänzlichen Fehlschlag resultiren, und müßte, wenn wirklich etwas zu Stande käme, mit absoluter Gewißheit etwas ganz Harmloses erzeugen. Das amerikanische Volk muß fortfahren, die Eigenschaften zu bethätigen, welche es stets bekundet hat, nämlich: Mäßigung, gesundes Urtheil, das ernste Verlangen, das Zufügen irgend welcher Schädigungen zu vermeiden; es muß trotzdem aber mit ruhiger Entschlossenheit fortschreiten, Schritt für Schritt, ohne Stillstand und sonder Eile, das auszumerzen oder wenigstens abzuschwächen, was am zwischenstaatlichen Handel unzulässig oder unheilvoll ist in der Art und Weise, wie ihn die großen Korporationen betreiben. Kein dem individuellen oder verbundenen Reichthum feindlicher Geist leitet es; es ist nicht mehr gegen den reichen Mann als gegen den Armen, im Gegentheil, es ist dem Reichen wie dem Armen gleich freundlich gesinnt, vorausgesetzt nur, daß Jedermann ein Geist der Gerechtigkeit und Anständigkeit gegenüber seinen Nebenmenschen beseelt. Große Korporationen sind nothwendig, und nur Männer von großen und hervorragenden Geisteskräften vermögen solche Korporationen mit Erfolg zu leiten, und solche Männer verdienen große Belohnung. Jedoch sollten diese Korporationen mit der erforderlichen Rücksicht auf die Interessen des Publikums als Ganzes geführt werden. Wo dies unter den gegenwärtigen Gesetzen gethan werden kann, muß es geschehen. Wo die Gesetze nicht genügen, sollten andere erlassen werden, um sie zu ergänzen.

### Korporations-Bureau.

Das Korporations-Bureau hat sorgfältige Präliminar-Untersuchungen zahlreicher wichtiger Korporationen angestellt. Es beabsichtigt, über die Fleischindustrie besonders Bericht zu erstatten. Die Politik des Bureaus ist, den Zweck seiner Bildung durch Kooperation, nicht durch Gegnerschaft zu erreichen, durch aufbauende Gesetzgebung, nicht durch zerstörende Strafverfolgung; durch konservative Untersuchung der Gesetze und Thatsachen und durch die Ablehnung einer unvollständigen und infolge dessen ungenauen Berichterstattung. Im Hinblick darauf, daß die Politik des Bureaus stets eine offene Untersuchung des Geschäftes und nicht ein Angriff auf dasselbe war, war es in der Lage, nicht nur das Vertrauen, sondern besser noch, die Mitwirkung von Männern in legitimen Geschäftsstellungen zu gewinnen. Das Bureau bietet dem Kongreß die Mittel zur Feststellung der Produktionskosten unserer verschiedenen großen Handelserzeugnisse.

### Versicherung.

Das Versicherungs-Geschäft berührt wesentlich die große Masse des amerikanischen Volkes und ist daher national und nicht lokal in seiner Anwendung. Es involvirt eine Unmenge Transaktionen unter der Bevölkerung der verschiedenen Staaten sowie zwischen amerikanischen Gesellschaften und fremden Regierungen. Ich empfehle, daß der Kongreß sorgfältig erwägt, ob die Machtbefugniß des Korporations-Bureaus verfassungsgemäß nicht dahin erweitert werden kann, daß sie auch zwischenstaatliche Versicherungs-Transaktionen umfaßt.

### Rabatte.

Vor allen Dingen aber müssen wir darauf hinarbeiten, die Handels-Verkehrswege allen auf gleicher Grundlage offen zu halten und um dies herbeizuführen, ist es nothwendig, allen Rabatten einen Riegel vorzuschieben. Einerlei, ob den Versender oder die Eisenbahn die Schuld trifft. Der Rabatt muß aufhören, dem Mißbrauch mit der Privatcar, privaten Bahnhofsgeleisen und Nebengeleise-Systemen muß ein Ende gemacht werden und das Gesetz des 58. Kongresses, welches es für ungesetzlich erklärt, wenn irgend eine Person oder Korporation irgend welche Rabatte, Konzessionen anbietet, gewährt, fordert oder annimmt oder einen Unterschied macht hinsichtlich der Beförderung irgend eines Eigenthums im zwischenstaatlichen oder auswärtigen Handel, wodurch solche Waare durch irgend eine Abmachung zu einer geringeren Rate als die in den von Transportgesellschaften veröffentlichten Tarifen namhaft gemachte transportirt wird, muß durchgeführt werden.

### Zwischenstaatlicher Handel.

Wenngleich ich den Standpunkt vertrete, daß es gegenwärtig unerwünschenswerth, wenn nicht unausführbar wäre, der Kommission die Machtbefugniß zu verleihen, die Eisenbahnraten festzustellen, halte ich doch dafür, daß, als Sicherheit für die Versandtgeschäfte, die Kommission mit dieser Autorität ausgerüstet werden sollte und zwar in Fällen, wo eine gegebene Rate beanstandet und nach eingehendem Verhör als unvernünftig befunden wurde, um zu entscheiden, allerdings vorbehaltlich einer gerichtlichen Revision, was an ihrer Stelle eine vernünftige Rate bilden soll. Der Entscheid der Kommission müßte unverzüglich in Kraft treten und aufrecht erhalten werden bis ihn das Revisions-Gericht umstößt.

Dampfschiffgesellschaften, welche sich mit zwischenstaatlichem Handel befassen und in unserem Küstenhandel geschützt sind, sollten zur strikten Befolgung des zwischenstaatlichen Handelsgesetzes angehalten werden.

### Berieselung und öffentliches Land.

Während der 2½ Jahre seit Annahme der Reklamationsakte haben die Vermessung und die Prüfung der Gelegenheiten für Reklamation in den 13 Staaten und 3 Territorien des dürren Westens rapide Fortschritte gemacht. Am größten und wichtigsten Theil des Berieselungswerkes ist mit den Bauten bereits begonnen worden, und Pläne zur weiteren Förderung sind ihrer Vollendung nahe.

Die Forstpolitik der Regierung ist zur Zeit ein Gegenstand lebhaften öffentlichen Interesses im Westen und in der Union im Allgemeinen. Die Forstreserven selbst sind sowohl für die gegenwärtige als auch die zukünftige Wohlfahrt aller westlichen Staaten mit öffentlichem Land von außerordentlichem Werth, da sie die Wasserzufuhr und die Zufuhr von Holz für den einheimischen Gebrauch garantiren und so die Ansiedelung unter der Reklamationsakte fördern. Ich habe wiederholt auf die Konfusion aufmerksam gemacht, welche in den Regierungsforstangelegenheiten herrscht, weil die Arbeit auf drei unabhängige Organisationen vertheilt ist; sie sollte, wie bereits empfohlen, dem Agrikulturdepartement, wo schon jetzt der größte Theil gethan wird, gänzlich übertragen werden. Das Canyon des Colorado sollte zum Nationalpark gemacht werden, und das Nationalparksystem sollte das Yosemitethal einschließen und so viel kalifornische Riesenbaumgruppen als möglich.

### Pensionen und Konsulardienst.

Die Veteranen des Bürgerkriegs haben einen Anspruch an die Nation wie keine andere Körperschaft unserer Bürger. Das Pensionsbureau ist niemals in seiner Geschichte zufriedenstellender verwaltet worden als jetzt.

Unser Konsularsystem bedarf der Verbesserung. Saläre sollten an Stelle von Gebühren eingeführt werden und für eine passende Klassifizirung, Rangstellung und Versetzung unserer Konsularbeamten sollte Fürsorge getroffen werden. Ich möchte nicht als Grundsatz aufstellen, daß ein kompetitives Examinationssystem behufs Anstellung gut arbeiten würde; aber durch Gesetz sollte festgelegt werden, daß Konsuln je nach den Plätzen, für die sie sich bewerben, mit dem Französischen, Deutschen oder Spanischen vertraut sein und Kenntnisse von den Hilfsquellen der Ver. Staaten besitzen sollten.

### Quarantäne. Währung.

Der Präsident empfiehlt die Schaffung eines nationalen Quarantänegesetzes.

Ganz besonders sollte der Kongreß der Währungsfrage seine Aufmerksamkeit zuwenden und die zuständigen Komites der beiden Häuser sollten zusehen, ob es nicht möglich ist, ein Uebereinkommen in der Geschäftswelt behufs Besserung des Systems zu Stande zu bringen. Die Komites sollten die Frage der Zurückziehung der Greenbacks studiren und das Problem, unserer Währung eine mit der allgemeinen Sicherheit verträgliche Elastizität zu gewährleisten. Jeder Silberdollar sollte auf Verlangen in Gold einlösbar sein.

### Einwanderung und Naturalisation.

Bei der Behandlung der Einwanderungs- und Naturalisationsfragen ist es unerläßlich, Denjenigen, welche sich an der Entwerfung und Schaffung von Gesetzen betheiligen, gewisse Thatsachen vor Augen zu halten. In erster Linie kommt bei der Feststellung des Begriffes guter amerikanischer Bürger dessen Geburtsort ebenso wenig in Betracht wie sein Glaube, d. h. überhaupt nicht. Von der Zeit an, in welcher die Ver. Staaten-Regierung in's Leben trat, hat es hierzulande in jeder Generation Männer ausländischer Geburt gegeben, die in der vordersten Reihe des guten Bürgerthums standen, und zwar nicht nur auf einem Gebiete der amerikanischen Lebensthätigkeit, sondern auf allen. Die Gefahr, daß wir zu viele Einwanderer in's Land bekämen, existirt nicht. Das Bürgerrecht in der Union sollte aber nicht herabgewürdigt werden. Es ist eine Lebensfrage, den hohen Standpunkt des Wohlergehens, dessen unsere Lohnarbeiter sich erfreuen, aufrecht zu erhalten, und wir sollten den Zutritt zu diesem Lande Einwanderermassen verwehren, deren Lebensweise und persönliche Gepflogenheiten geeignet sind, den Standpunkt des amerikanischen Lohnarbeiters auf ein niedrigeres Niveau herabzudrücken. Vor allen Dingen sollten wir keinem Ausländer eines unwürdigen Typs die Einwanderung gestatten. Die größte Sorgfalt sollten wir auch hinsichtlich der Naturalisation walten lassen. Betrügerische Naturalisationen, sowie die Naturalisirung ungeeigneter Personen bilden einen Fluch für unsere Regierung, und es ist Sache eines jeden ehrlichen Wählers, einerlei wo er auch geboren, darauf zu sehen, daß keine betrügerischen Wahlen erlaubt werden und kein Betrug in Verbindung mit der Naturalisation gestattet wird. Es sollte eine umfassende Revision der Naturalisations-Gesetze vorgenommen werden. Die Gerichtshöfe, welche das Recht zur Vornahme von Naturalisationen besitzen, sollten von den nationalen Behörden definitiv namhaft gemacht werden. Das Zeugniß, auf Grund dessen die Naturalisation ausgesprochen wird, sollte in bestimmter Weise vorgeschrieben sein. Applikationen auf Verleihung des Bürgerrechts sollten, bevor sie ihre Erledigung im Gericht finden, zur Veröffentlichung gelangen. Form und Text der Bürgercertifikate sollten im ganzen Lande gleich sein, und die Gerichtshöfe sollten gehalten werden, in bestimmten Perioden Berichte über die von ihnen vorgenommenen Naturalisationen an den Staatssekretär einzusenden. Nicht nur weisen die Naturalisationsgesetze Mängel auf, sondern auch die auf das Bürgerrecht in den Ver. Staaten bezüglichen Gesetze sollten zum Gegenstande einer wissenschaftlichen Untersuchung mit dem Ausblick auf eine wahrscheinliche weitere Gesetzgebung gemacht werden.

### Auswärtige Politik.

Das stete Streben dieser, wie jeder erleuchteten Nation sollte dahin gehen, den Tag näher zu bringen, wo in der ganzen Welt der Friede der Gerechtigkeit vorherrscht. Wir müssen eingedenk sein, daß eine Nation nicht mehr Recht hat, einer anderen Nation gegenüber, sei sie stark oder schwach, ungerecht zu handeln, wie ein Individuum einem anderen Individuum gegenüber; daß dasselbe Moralgesetz sich auf den einen wie den anderen Fall bezieht. Aber wir müssen auch eingedenk sein, daß es ebenso sehr die Pflicht der Nation ist, ihre eigenen Rechte und Interessen zu wahren, wie es die Pflicht des Individuums ist, so zu handeln. So lange keine Methode gefunden ist, durch welche eine Art internationaler Kontrolle über unrecht handelnde Nationen ausgeübt wird, wäre es auch für die civilisirtesten Mächte ein thörichtes Unterfangen, die Waffen niederzulegen. Würden die großen civilisirten Nationen der Gegenwart vollständig abrüsten, so würde dies ein unmittelbares Wiederausbrechen der Barbarei in der einen oder anderen Form zur Folge haben. Unter allen Umständen müßte eine genügende Bewaffnung aufrecht erhalten werden, um den Zwecken internationaler Polizei zu dienen. So lange internationale Zusammengehörigkeit und der Sinn für internationale Pflichten und Rechte nicht weiter vorgeschritten sind als in der Gegenwart, muß eine Nation, deren Wunsch es ist, Respekt für sich selbst zu sichern und andern Gutes zu thun, eine angemessene Kraft besitzen für die Arbeit, die sie sich durch die allgemeine Weltpflicht zugemessen fühlt. Daher sollte eine weitblickende Nation darauf bedacht sein, die verschiedenen Bewegungen, welche auf Abschaffung des Krieges abzielen, mit allen Mitteln zu unterstützen, anderseits aber auch sich bereit halten, unter gewissenhafter Vermeidung eigenen unrechten Handelns, irgend ein Unrecht zurückzuweisen und in Ausnahmefällen diejenige Aktion einzuleiten, die unter einem vorgeschritteneren Stand internationaler Beziehungen unter die Rubrik der Ausübung internationaler Polizei fallen würde.

### Schiedsgerichts-Verträge.

Wir sind in jeder Weise bestrebt, jede Bewegung zu fördern, die darauf abzielt, uns in freundlichere Beziehungen mit der übrigen Menschheit zu bringen. Im Verfolg dieser Politik werde ich dem Senat binnen Kurzem Schiedsgerichts-Verträge mit allen Mächten vorlegen, welche Willens sind, solche Verträge mit uns abzuschließen. Es ist in der gegenwärtigen Entwickelungs-Periode der Welt unmöglich, alle Angelegenheiten auf schiedgerichtlichem Wege zum Austrage zu bringen, dennoch bestehen viele Angelegenheiten, die zu möglichen Differenzen zwischen uns und anderen Nationen führen könnten, die aber dergestalt geschlichtet werden können. Ferner habe ich auf Ersuchen der Interparlamentarischen Vereinigung, einer hervorragenden, aus praktischen Staatsmänner aller Länder zusammengesetzten Körperschaft, die Mächte aufgefordert, mit dieser Regierung einer zweiten Haager Konferenz beizutreten, in welcher, wie zu hoffen steht, das so glücklich im Haag begonnene Werk einige Schritte der Vollendung näher geführt werden mag.

### Politik auf der westlichen Hemisphäre.

Es ist nicht wahr, daß die Ver. Staaten von Ländergier ergriffen sind oder irgend welche Projekte im Sinne führen in Bezug auf andere Nationen der westlichen Hemisphäre, ausgenommen solche, die ihre Wohlfahrt erheischt. Alles, was dieses Land wünscht, ist, die benachbarten Länder stabil, ruhig und glücklich zu sehen. Irgend ein Land, dessen Volk sich gut führt, kann auf unsere herzliche Freundschaft rechnen. Wenn eine Nation kundgibt, daß sie mit vernünftiger Wirksamkeit und Anständigkeit in sozialen und politischen Angelegenheiten zu handeln versteht, wenn sie Ordnung hält und ihren Verpflichtungen nachkommt, braucht sie keine Einmischung von Seiten der Ver. Staaten zu fürchten. Dauerndes Unrechtthun, oder irgend eine Unfähigkeit, welche die allgemeine Lockerung der Bande der Civilisation zur Folge hat, sei es in Amerika oder anderwärts, verlangt in letzter Instanz die Intervention einer civilisirten Nation und in der westlichen Hemisphäre mag die Beharrung bei der Monroe-Doktrin die Ver. Staaten zwingen, wenn auch mit Widerstreben, in flagranten Fällen solchen Unrechts oder solcher Unfähigkeit, eine internationale Polizeigewalt auszuüben.

### Die Rechte amerikanischer Bürger in der Fremde.

Es ist ferner nothwendig für uns, in der Fremde unerschütterlich auf den Rechten unserer Bürger zu bestehen, ohne Rücksicht auf Glaubensangehörigkeit oder Rasse; ohne Rücksicht darauf, ob sie hier oder in einem anderen Land geboren wurden. Als äußerst schwierig erwies es sich, von Rußland das Recht der Ausstellung von Pässen für unsere jüdischen Mitbürger zu erlangen. Es ist ein Unrecht—gegen das zu protestiren wir ein Recht haben—ihnen ihren Paß ohne Berücksichtigung ihres Benehmens und Charakters zu verweigern, blos ihrer Rassenangehörigkeit und Religion wegen.

### Die Marine.

Der starke Arm der Regierung in der Erzwingung von Achtung für ihre Rechte in internationalen Angelegenheiten ist die Marine der Ver. Staaten. Ich empfehle daher auf's Nachdrücklichste, daß im Werke des Ausbaus der amerikanischen Marine kein Stillstand eintritt. Wir haben den Bau des isthmischen Kanals unternommen; wir haben ferner unternommen, uns unseren gerechten Antheil am Handel des Orients zu sichern. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, unsere Bürger vor ungehöriger Behandlung in fremden Ländern in Schutz zu nehmen. Wir werden auch fernerhin auf die Anwendung der Monroe-Doktrin auf die westliche Hemisphäre beharren. Wenn unsere Stellungnahme gegenüber diesen und allen anderen ähnlichen Angelegenheiten nicht ein bloßes prahlerisches Scheinspiel sein soll, können wir von unserem Flottenprogramm nicht abweichen. Unsere Stimme ist gegenwärtig ein mächtiger Faktor für Friede, und sie ist darum so mächtig, weil wir den Krieg nicht fürchten. Aber unsere Vorstellungen im Interesse des Friedens würden weder die geringste Beachtung erhalten noch verdienen, wenn wir außer Stande wären, ihnen Geltung zu verschaffen.

### Die Armee.

Die Ver. Staaten haben während der letzten drei Jahre ein Beispiel für Abrüstung gegeben, wo solche angebracht erschien. Durch Gesetz ist die Maximalstärke unserer Armee auf 100, Mann festgesetzt, die Minimalstärke 60,000 Mann. So lange die In rektion auf den Philippinen andau hielten wir das Heer auf seiner M malstärke. Der Friede kam auf Philippinen, und wir reduzirten Stärke der Armee auf den Minim satz. Die Möglichkeit liegt vor, wir diesen Status des Heeres beibe ten können, ohne daß es an seiner W samkeit und Wehrkraft einbüßt. sollten uns in der Lage befinden, Falle von plötzlich eintretenden V wicklungen und Kriegsgefahren Feld eine erstklassige Armee stellen können, die irgend einer Truppe gl Zahl von anderen Nationen zum W besten gleichwerthig ist. Große F schritte sind hinsichtlich der Beschütz unserer Küsten durch Errichtung angemessenen Fortifikationen und stellung einer genügenden Zahl von nonen gemacht worden. Wir sollte doch gegenwärtig der Entwicklung e ausgedehnten Systems schwimmen Minen zum Gebrauche in unseren fen viel mehr Aufmerksamkeit zu den. Diese Minen haben sich als furchtbarste, gewaltigste Schutzm gegen feindliche Flotten erwiesen.

### Die Philippinen.

Auf dem Philippinen-Archipel im verwichenen Jahre eine Fortda des stetigen Fortschritts zu verzeich der von dem Zeitpunkte ab, in dem sere Truppen definitiv die Ober über die Insurgenten gewannen, zu obachten war. Das Philippinen-V birgt zahlreiche gute Elemente sich, und es erscheint die Hoffnu als berechtigt, daß sie für Fortsch einstehen. Zur Zeit sind die Phil piner aber noch entschieden unfähig, Unabhängigkeit zu leben und eine Civilisation aufzubauen. Ich bi festen Ueberzeugung, daß will dazu helfen können, daß sie auf de ter der Civilisation höher und steigen und sich die Fähigkeit der Se regierung mehr und mehr aneignen, ich hoffe ernstlich, daß sie am Ende Kapazität erreichen, daß sie, wenn auch nicht ganz allein und selbstständ dastehen können, so doch zu den V Staaten in ein Verhältniß treten, ähnlich den Beziehungen, die zwischen Union und Kuba bestehen. Dieses En ist noch nicht in Sicht, und es mag a unbestimmte Zeit hinausgeschoben we den, wenn unser Volk thöricht genug die Aufmerksamkeit der Philippiner v ihren Aufgaben auf Erlangung vo Moral und materieller Prosperität a zulenken, sowie von dem Streben d Erreichung einer ständigen, geordne und gerechten Regierung. Dieses En mag ferner verzögert werden durch th richte, gefährliche, auf eine vollständi Unabhängigkeit der Philippiner abz lende Intriguen. Auf der ander Seite muß unser Volk sich immer Augen halten, daß die Rechtfertigu unseres Verbleibens auf den Philip pinen schließlich auf den Wohlthaten be ruht, welche wir dem Philippiner-Vol zuzuwenden in der Lage sind. J übersehe die Thatsache nicht, daß d Philippinen in der Entwicklung unsere Interessen im Pacific-Ozean und a dessen Küsten eine wichtige Rolle ge spielt haben und noch einnehmen, un daß der Besitz der Philippinen jener Interessen in mehr als einer Weise för derlich gewesen ist. Der Hauptgrund für die Fortdauer der Besetzung de Philippinen sollte aber der sein, daß wir in gutem Glauben versuchen, einen Antheil der Arbeit der Welt zu leisten und daß dieser besondere Arbeitstheil uns durch die Resultate des Krieges mit Spanien auferlegt wurde. Wir be mühen uns, die geistigen Eigenschaft der Eingeborenen des Philippinen-Ar chipels derart zu entwickeln und zu ver vollkommnen, daß sie einen stets wach senden Antheil an ihrer eigenen Regie rung zu nehmen vermögen. Soweit di Gesetze der Klugheit und Vorsicht es ge statteten, haben wir schon Repräsentan ten der Philippiner in der Regierung mit unseren Vertretern gleichgestellt. Es gibt auf den Philippinen Kommissäre Richter und Gouverneure, welche Einge borene sind und in der Regierung des Archipels genau denselben Antheil be sitzen, wie ihre amerikanischen Kollegen In den niederen Beamtengraden bes natürlich die große Majorität der öffentlichen Diener aus Philippinern. Innerhalb zwei Jahren werden wir den Versuch anstellen, ein durch Wahlen ge schaffenes Unterhaus der Legislatur der Philippinen zu etabliren. Wenn die Philippiner mit Weisheit und Selbst beherrschung handeln und die Fähigkeit bekunden, daß sie eine Legislatur er wählen können, welche einen verständi gen und wirksamen Antheil an der praktischen Arbeit der Regierung zu nehmen vermag, so können sie sich ver sichert halten, daß ihnen ein volles und wachsendes Maß der Anerkennung zu Theil wird. Bei der Wahl von Maß nahmen für die Philippinen sollte von vornherein darauf gesehen werden, daß sie den dortigen Bewohnern zum Vor theil gereichen. Wir sollten den Phi lippinern sicherlich eine niedere Tarif rate für ihre nach den Ver. Staaten ausgeführten Waaren zugestehen. Sollte dies unterlassen werden, so würden wir ein Unrecht begehen, wenn wir unsere Schiffsgesetze auf die Philippinen aus dehnten. Ich hoffe ernstlich, daß die gegenwärtige Legislatur unverweilt ein eingebrachtes Gesetz annimmt, durch das amerikanisches Kapital ermuthigt wird, auf den Philippinen Anlagen in Eisenbahnen, Fabriken, Plantagen, in Holzgeschäft und im Bergwerkswesen zu machen.